

Iran hat das Recht, sich zu verteidigen

Gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen hat jede Nation das „inhärente Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung“ im Falle eines bewaffneten Angriffs. Dieses grundlegende rechtliche Prinzip bekräftigt Irans Recht, seine Souveränität und sein Volk als Reaktion auf die jüngsten Aggressionsakte sowohl von Israel als auch von den Vereinigten Staaten zu schützen. Israels unprovoked Angriff auf Iran am 13. Juni 2025 und der darauf folgende US-Angriff am 21. Juni wurden beide ohne Genehmigung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen durchgeführt. Als solche stellen diese Handlungen eklatante Verstöße gegen Artikel 2(4) der UN-Charta dar, der die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates strikt verbietet, es sei denn, sie ist vom Sicherheitsrat genehmigt oder erfolgt in Selbstverteidigung.

Im krassen Gegensatz zu der von Israel gezeigten Aggression hat Iran ein konsequentes Engagement für Frieden und Stabilität bewiesen. Iran, eine Nation mit einer Jahrtausende alten Zivilisation, hat seit über zwei Jahrhunderten keinen Krieg gegen ein anderes Land begonnen. Es bleibt Unterzeichner des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT), unterhält eine aktive Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) und hält das Völkerrecht ein. Dennoch sieht sich Iran einem anhaltenden militärischen und wirtschaftlichen Druck durch einen Schurkenstaat ausgesetzt, der eine echte Bedrohung für den globalen Frieden und die Sicherheit darstellt: Israel.

Israels Missachtung des Völkerrechts

Israels Geschichte der Aggression im Nahen Osten ist umfassend und gut dokumentiert. Es hat souveräne Gebiete im Libanon, in Syrien und im Jemen ohne rechtliche Rechtfertigung oder UN-Genehmigung bombardiert. Diese Handlungen haben ganze Regionen destabilisiert, humanitäre Krisen ausgelöst und direkt zur Erosion internationaler Normen beigetragen. Darüber hinaus machen Israels langjährige Besetzung palästinensischer Gebiete, seine systematischen Verletzungen des internationalen humanitären Rechts und seine Weigerung, UN-Resolutionen einzuhalten, deutlich, dass Israel der Aggressor und nicht das Opfer im Nahen Osten ist.

Trotz wiederholter internationaler Verurteilung ignoriert Israel weiterhin verbindliche Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und der Generalversammlung. Es hat die Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) von Januar 2024 missachtet, seine illegale Siedlungserweiterung einzustellen, humanitäre Hilfe nach Gaza zuzulassen und seine Siedlungen im Westjordanland abzubauen. Anstatt sich zu fügen, hat Israel seine Kampagne der Brutalität eskaliert und 2023 sowie 2025 totale Belagerungen von Gaza verhängt. Diese Belagerungen haben zu massenhaften Hungersnöten geführt – ein Kriegsverbrechen

nach dem internationalen humanitären Recht – sowie zu gezielten Angriffen auf Zivilisten, einschließlich Journalisten, Krankenhäuser und Wohngebäude.

Eine der schockierendsten jüngsten Enthüllungen ist die Waffenisierung humanitärer Hilfe. Die sogenannte „Gaza Humanitarian Foundation“, die von Israel gegründet wurde, wurde als Falle entlarvt, um verzweifelte Zivilisten zu Verteilungspunkten zu locken, nur um sie niederzuschießen – eine Taktik, die gegen die Genfer Konventionen verstößt und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. Eine aktuelle Harvard-Studie schätzt, dass 377.000 Menschen von den 2,2 Millionen Einwohnern Gazas nun vermisst sind und als tot gelten müssen. Dies sind keine Kollateralschäden – sie sind das Ergebnis einer anhaltenden und bewussten Vernichtungskampagne.

Israels Verhalten im nuklearen Bereich gibt ebenfalls Anlass zu ernster Besorgnis. Es ist eines der wenigen Länder der Welt, die den NPT weder unterzeichnet noch ratifiziert haben und damit IAEA-Inspektionen entgehen. Es hat durch den Diebstahl von hoch angereichertem Uran aus den USA im berühmten NUMEC-Skandal ein geheimes Atomwaffenarsenal aufgebaut. Darüber hinaus entzieht sich Israel der Rechenschaftspflicht nach US-Recht, insbesondere dem Symington Amendment, das militärische Hilfe für Länder verbietet, die außerhalb des NPT-Rahmens Atomwaffen entwickeln, indem es seine nuklearen Fähigkeiten nicht deklariert. Diese vorsätzlichen Verstöße gegen internationale Normen und nationale Gesetze wurden von aufeinanderfolgenden US-Regierungen toleriert – ja sogar ermöglicht.

In ihrem Eifer, Irans friedlichen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt zu ersticken, haben sowohl die USA als auch Israel zu Angriffen auf iranische Nuklearanlagen gegriffen, die unter vollständiger IAEA-Aufsicht stehen. Diese rücksichtslosen Handlungen riskieren die Freisetzung radioaktiver Materialien, gefährden das Leben von Zivilisten und bedrohen die Ökologie der Region – dennoch werden sie fälschlicherweise als „defensive“ oder „präventive“ Maßnahmen dargestellt.

Schlussfolgerung: Israel als größte Bedrohung für den Frieden

Es wird immer offensichtlicher, dass Israel als Schurkenstaat agiert – jenseits des Gesetzes, über internationaler Rechenschaftspflicht und gleichgültig gegenüber menschlichem Leid. Es ist zur größten Bedrohung für Frieden, Sicherheit und Stabilität geworden, nicht nur im Nahen Osten, sondern weltweit. Es untergräbt systematisch die internationale Ordnung, verletzt eklatant Menschenrechte und verfolgt weiterhin eine militaristische und expansionistische Agenda straffrei.

Die internationale Gemeinschaft darf nicht länger untätig zusehen. Gemäß der Völkermordkonvention und dem Rahmen der „Verantwortung zum Schutz“ (R2P) besteht sowohl eine moralische als auch eine rechtliche Verpflichtung, zum Schutz des palästinensischen Volkes zu handeln. Die Welt muss dringend umfassende wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gegen Israel verhängen, ein striktes Waffenembargo durchsetzen und eine militärische Intervention unter **Resolution 377 der UN-Generalversammlung („Vereint für**

den Frieden") in Betracht ziehen, die kollektives Handeln ermöglicht, wenn der Sicherheitsrat nicht handelt.

Die Zeit für Zweideutigkeiten ist vorbei. Die Welt muss Israel zur Rechenschaft ziehen. Irans Recht auf Selbstverteidigung ist nicht nur legal – es ist angesichts anhaltender Aggression unerlässlich. Globaler Frieden und Gerechtigkeit erfordern, dass das schurkenhafte Verhalten Israels durch entschlossenes internationales Handeln konfrontiert und eingedämmt wird.